

Beraten im	SA	BauA	PA	HFA	Rat
am					13.11.
Ja-St.					
Nein-St.					
Enthalt.					
Bemerk.					

Vorlage an den Stadtrat

Betr.: Kindergärten

Hier: Anpassung der Elternbeiträge

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:
die Elternbeiträge zum 01.01.2020 um 15,00 € pro Kind und Monat zu erhöhen.

Begründung:

Die Elternbeiträge sind zum 01.01.2019 um 7,50 € pro Kind im Monat angestiegen. Die bereits im vergangenen Jahr vorgeschlagene Erhöhung um weitere 7,50 € zum 1.1.2020 wurde durch den Stadtrat nicht beschlossen. Sie ist aber auch insbesondere auf Grund der Tarifsteigerungen im 2 stelligen Bereich nicht ausreichend. Die monatlichen Kosten für die Betreuung eines Kindes steigen auch im kommenden Jahr an und erhöhen sich im Durchschnitt gegenüber der Planung 2019 um 35 € pro Kind und Monat. Durch die Beteiligung der Eltern mit der geplanten Erhöhung von 15,00 € für ein Kind im Monat, wird die in den Betreiberverträgen festgelegte Maßgabe der Kostenbeteiligung der Eltern von mindestens 20 % wieder erfüllt. Absolut steigen die Kosten für ein Kind im Jahr von 8 801,68 € in der Planung 2019 auf 9 221,71 € für das Jahr 2020 (um 420,03 € im Jahr).

Laut Thüringer Rechnungshof lagen die durchschnittlichen Kosten für einen Kindergartenplatz in Thüringen im Jahr 2017 bei 8 008 € im Jahr für ein Kind (Bad Blankenburg 7 622,97 €).

Die Elternbeiträge von 176,50 € (Ganztags-Kind unter 2 Jahren) bzw. 166,50 € (Ganztags-Kind über 2 Jahren), liegen weiterhin zumindest teilweise unter den Beträgen der Nachbargemeinden.

In der Genehmigung der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kommunalaufsicht des Landratsamtes Saalfeld-Rudolstadt (siehe Vorlage BB IV 027/VII/2019) wurde der in der VV-Haushaltssicherung festgeschriebene Kostendeckungsgrad überprüft und festgestellt, dass dieser (50%) nicht erreichen wird. Auch unter dem Gesichtspunkt der Konsolidierung des Haushaltes und der Notwendigkeit der Auszahlung von Bedarfszuweisungen in 2020 ist eine Erhöhung von mehr als 7,50 € zwingend erforderlich.

In der Sitzung des Stadtrates am 23.10. wurde von der Mehrheit der Stadträte die Erhöhung der Elternbeiträge um 7,50 € für ein Kind im Monat beschlossen. Die widerspricht den Zielen der Haushaltskonsolidierung und muss vom Bürgermeister beanstandet werden.

Der Aufforderung des Bürgermeisters für die Mehrausgabe im Haushalt der Stadt einen Deckungsvorschlag zu unterbreiten, kam bis zum heutigen Tag nur die Fraktion DIE LINKE nach, mit dem Vorschlag,

1. Die fehlende Summe in Höhe von 22 050 € (bezogen auf die Erhöhung auf 15 €) in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen oder

2. die Träger der Kindergärten: „...Entsprechend dem Prinzip der 3-Teilung zur Kindergartenfinanzierung den Träger in angemessener Höhe (Kinderzahl) mit zu beteiligen. In den vorgelegten Haushalten ist eine Mitbeteiligung der Träger nicht zu erkennen. In den Kindergarten-Haushalten ergibt sich eine Einsparmöglichkeit im Bereich der Energie- u. Betriebskosten, da hier die Energieanbieter auf den Prüfstand gestellt werden müssen, um hier zu Einsparungen zu gelangen.

Sollte (Mitbeteiligung) diese Verfahrensweise Auswirkung auf die Betreiberverträge haben, müssten diese ebenfalls angepasst werden.“

Sicher können die freien Träger aufgefordert werden ihre Betriebskosten insbesondere ihre Energiekosten nochmals hinsichtlich der Möglichkeit auf Einsparungen zu prüfen. Allerdings werden diese Auswirkungen, wenn sie überhaupt spürbar vorhanden sind, erst im Laufe des kommenden Jahres wirken, da es auch hier Verträge mit Kündigungsfristen gibt.

Im Haushaltsplan steht, dass die Träger zwar nur geringe Summen in den Haushalten als Eigenanteil ausweisen (in der Regel Zuwendungen), dass aber alle Träger der Kindergärten der Stadt gerade für die Sanierung der Gebäude und Außenanlagen nicht unerhebliche Eigenmittel verwenden, die nicht in den Betriebskosten aufgenommen sind. Als Beispiel hier die Sanierung des Kindergartengebäudes der AWO, wo der Eigenanteil in Höhe von ca. 65 000 € zu den genehmigten Fördermitteln durch den Träger zum überwiegenden Teil aus Spenden finanziert wurde.



George
Bürgermeister